

Die Rolle der Streitkräfte der UdSSR und der USA sowie ihrer jeweiligen deutschen Bündnispartner in der Kubakrise

Eine Fachtagung des Instituts für Zeitgeschichte München, Außenstelle Berlin
am 15. Oktober 2002

Die Kubakrise gilt als einer der wichtigsten Höhe- und Wendepunkte des Kalten Krieges. Damals trafen die Bestrebungen der Sowjetunion um Verbesserung ihrer unterlegenen strategischen Position und um die Stärkung ihres Einflusses im karibischen Raum auf entschiedenen amerikanischen Widerstand. Das Aufeinanderprallen der beiden Supermächte führte zu einer Krise, die die Welt an den Abgrund der nuklearen Vernichtung brachte. Die Entscheidung zwischen Krieg und Frieden lag damals nicht nur in den Händen von Chruschtschow und Kennedy sowie ihrer Geheimdienste; auch die Militärs der beiden Supermächte spielten eine Schlüsselrolle bei der Beilegung der Krise.

Während die Interessenabsichten und Handlungsspielräume der Politiker und Nachrichtendienste in der Kubakrise bisher breite Beachtung der Geschichtswissenschaft fanden, wurde die Rolle der Militärs im Konflikt von der Forschung zumeist vernachlässigt. Im Zentrum der von der Berliner Außenstelle des IfZ München organisierten Tagung standen deshalb die Streitkräfte von UdSSR und USA sowie ihrer jeweiligen deutschen Bündnispartner. Das Kolloquium rekonstruierte, indem es sich vor allem den militärischen Aspekten der Kubakrise widmete, nicht nur die Dramatik der 40 Jahre zurückliegenden Ereignisse sondern präsentierte zugleich neue Forschungsergebnisse.

Eröffnet wurde die Fachtagung vom Stellvertretenden Direktor des IfZ *Prof. Dr. Udo Wengst* (München). Nach einer kurzen Begrüßung stellte er knapp den bisherigen Forschungsstand dar und verwies auf den Wandel in der Wahrnehmung der Krise. Den Zeitgenossen galt Kennedy als eindeutiger Sieger im Machtpoker mit Chruschtschow. Die historische Forschung hat dieses Bild jedoch fast völlig verändert. Mittlerweile wird der US-Präsident in der Krise als „schwach“, „unentschlossen“ und sogar „ängstlich“ beschrieben. Mit der Bestandsgarantie für die sozialistische Republik Kuba und dem Abzug der Jupiter-Raketen aus der Türkei habe er einen hohen politischen Preis für die Entfernung der sowjetischen Raketen von der Zuckerrohrinsel gezahlt. Der damals als konfus eingeschätzte sowjetische Partei- und Staatschef Chruschtschow habe nach neueren Forschungen nicht nur seine damalige Position erfolgreich verteidigt. Er unterstützte während der Krise aus taktischen Gründen sogar den US-Präsidenten, da er seinen Sturz durch Hardliner des US-Militärs fürchtete.

Bevor sich jedoch die teilnehmenden Spezialisten aus der Bundesrepublik und der Russischen Föderation diesen Fragen widmeten, steckte *Dr. Gerhard Wettig* (Kommen) zunächst den außenpolitischen Rahmen für die Entstehung der Kubakrise ab. Dabei verwies er auf den engen Zusammenhang zwischen Berlin- und Kubakrise. Nach seiner Meinung diene die sowjetische Raketenstationierung auf Kuba weniger dem Schutz Castros und der kubanischen Revolution. Vielmehr sei die Aufstellung sowjetischer Nuklearwaffen in unmittelbarer Reichweite amerikanischer Großstädte der Versuch Chruschtschows gewesen, die amerikanische „Eskalationsdominanz“ zu durchbrechen und neuen Verhandlungsdruck in der Berlin-Frage aufzubauen. Verifizieren, so *Wettig*, ließe sich diese These jedoch nur durch neue Dokumente aus den Archiven der ehemaligen Sowjetunion.

Dort bleibt jedoch selbst für russische Militärgeschichtler der Zugang zu bestimmten Regierungsarchiven, wie dem Präsidentenarchiv und dem Zentralen Archiv des russischen Verteidigungsministeriums, schwierig. Da sie zugänglichere Quellen nutzten, konnten die beiden russischen Referenten dennoch detaillierte und umfassende Analysen der Aktivitäten des sowjetischen Militärs während der Kubakrise vorlegen. *Kapitän zur See Prof. Dr. Dimitrij Filippovych* (Militäruniversität Moskau) beschrieb dabei fakten- und kenntnisreich die Aufstellung der sowjetischen Atomwaffen auf Kuba. Im Rahmen der Operation „Anadyr“, so der Deckname der Raketenstationierung, seien allein durch die Strategischen Raketentruppen der UdSSR 24

Startrampen, 36 Atomraketen des Typs R-12 (Reichweite 2000 Kilometer), 60 Atomsprengköpfe, 8000 Mann Bedienungsmannschaften, 1695 Fahrzeuge und Tausende Tonnen anderes Material auf die Insel verschifft worden. Zum Schutz dieser Atomstreitmacht war die Stationierung von weiteren 34000 sowjetischen Soldaten samt Flugabwehrraketen, Küstenverteidigungsraketen und taktischen Nuklearwaffen erforderlich. Der Transport dieser Streitmacht über mehr als 10000 Kilometer war ein imponierender logistischer Kraftakt, der vor allem deshalb gelang, weil die fünf Teilstreitkräfte und zahlreiche sowjetische Ministerien und Behörden trotz strengster Geheimhaltung gut miteinander kooperierten. Die strengen Sicherheitsmaßstäbe von „Anadyr“ verdeutlichte *Filippovych* auch durch ein weiteres Faktum. Alle an der Operation beteiligten Mannschaften und Offiziere überprüfte das KGB auf ihren „politisch-moralischen Zustand“. Allein von den 8000 Mann der Raketentruppen mußten daraufhin wegen politischer Unzuverlässigkeit mehr als 1000 Soldaten und 500 Offiziere ausgetauscht werden.

Abschließend wies *Filippovych* darauf hin, daß auf dem Höhepunkt der Krise die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte auf Kuba in der Lage war, „Schläge mit allen 24 Startanlagen“ zu führen. Die Flugdaten für die Einsatzziele der Raketen waren exakt vermessen und berechnet. Als so genannte „Gefechtspakete“ befanden sie sich bei den Abschußstellungen der einzelnen Raketenregimenter. Sogar die Atomsprengköpfe wurden teilweise hierher gebracht, um die erforderliche Montage- und Startzeit zu verkürzen. Die gerade noch rechtzeitige politische Beilegung der Krise habe einen Abschußbefehl aus Moskau jedoch nicht notwendig gemacht.

Im Anschluß analysierte *Oberst Dr. Michail Ljoschin* (Institut für Militärgeschichte Moskau) den Wandel der strategischen Einsatzprinzipien der Streitkräfte der UdSSR zwischen Berlin- und Kubakrise. Er stützte sich dabei ausführlich auf zeitgenössische Werke hochrangiger sowjetischer Militärs zum Thema der „Kriegskunst“. Dabei machte er klar, daß in der UdSSR die Entwicklung der Militärtheorie mit der politischen Wirklichkeit nicht Schritt hielt. Gleichzeitig wies *Ljoschin* darauf hin, daß unter der Generalität Uneinigkeit über die strategische Ausrichtung der sowjetischen Streitkräfte herrschte. Am Beispiel der Strategischen Raketentruppen zeigte der Referent, daß es letztlich die Entscheidung von Staats- und Parteichef Chruschtschow war, dieser Teilstreitkraft die Hauptrolle in einem künftigen Krieg zuzuweisen. Dieser Schritt der politischen Führung der UdSSR veränderte die bisherige sowjetische Militärdoktrin grundlegend.

Das frühere Prinzip, daß sich der Kriegserfolg aus Teilsiegen an verschiedenen Fronten zusammensetzte, wurde durch folgendes ersetzt: „Der Sieg ist das Ergebnis der einaktigen Anwendung des ganzen Potentials eines Staates, das vor dem Krieg geschaffen wurde“. Auf dieser Grundlage entwickelte die Führung der sowjetischen Streitkräfte Ende der 50er Jahre die Theorie des unbegrenzten Kernwaffenkrieges. Ihr zufolge existierte während eines Atomkrieges nur die Alternative: entweder Angriff oder Niederlage. Da letztere Option ausschied, galt in der Sowjetunion die strategische Kernwaffenoffensive als einzig mögliches militärisches Mittel zur Zerschlagung des Gegners.

Abschließend zeigte der Referent, daß es gerade die Erfahrungen der Kubakrise waren, welche die Militärs zwangen, die Frage der bis dahin für möglich gehaltenen Führbarkeit von Atomkriegen neu zu überdenken. Die Krise hatte gezeigt, daß sowohl die USA als auch die UdSSR über genügend Nuklearwaffen verfügten, um die andere Seite vernichtend zu schlagen. Gleichzeitig konnten die Militärs jedoch nicht den Schutz des eigenen Landes vor Vergeltungsschlägen garantieren. Deshalb wurde der Konflikt um Kuba durch einen beiderseitigen Kompromiß gelöst. Die wichtigste Lehre der Kubakrise sah der Referent darin, daß sie die Nuklearmächte zwang, Wege der Kriegsverhinderung sowie der Nichtweiterverbreitung und Reduzierung von Kernwaffen zu suchen.

Nachdem bis dahin die Militärpolitik der UdSSR im Zentrum des Interesses gestanden hatte, wandte sich *Dr. Harald Biermann* (Bonn) der amerikanischen Seite zu. Dabei versuchte er vor allem, daß Verhältnis von Politikern und Militärs in den USA während der Krise zu analysieren. Hierfür griff der faktenreiche Beitrag vor allem auf US-Quellen zurück. Diese belegen eindeutig, daß Kennedy bis zum Herbst 1962 geradezu „obsessiv“ dem Gedanken anhing, das sozialistische Regime Castros auf Kuba zu beseitigen. Als die Krise jedoch am 16. Oktober 1962 offen ausbrach, rückte der US-Präsident von seiner bisherigen Konfrontationsstrategie ab. Dem von seinen Militärs

immer wieder geforderten Angriff auf die auf Kuba befindlichen sowjetischen Raketen verweigerte er seine Zustimmung. *Biermann* sieht hierfür vor allem zwei Gründe: zum einem die „nukleare Angst“ Kennedys, der keinen Atomkrieg wollte, und zum anderen fürchtete der US-Präsident möglichen sowjetischen Druck auf West-Berlin, das er als Achillesferse des westlichen Militärbündnisses betrachtete. Damit blieb für ihn, trotz der eindeutigen nuklearen Übermacht der USA, nur der Weg zu einer Verhandlungslösung. Begünstigt wurde diese durch den sowjetischen Partei- und Staatschef. Chruschtschow befürchtete auf dem Höhepunkt der Krise offenbar einen Putsch des US-Militärs gegen Kennedy. Obwohl bis jetzt eindeutige sowjetische Quellen für eine Bestätigung dieser Befürchtungen fehlen, habe der sowjetische Partei- und Staatschef mit seinem Angebot des gegenseitigen Abzugs der Raketen aus Kuba und der Türkei beim US-Präsidenten offene Türen eingerannt und damit in erheblicher Weise zur friedlichen Beilegung des Konflikts beigetragen. Für den ängstlich und scheinbar überfordert agierenden Kennedy habe sich damit die Möglichkeit ergeben, der von seinen Militärs geforderten bewaffneten Auseinandersetzung mit der Sowjetunion zu entgehen.

Daß diese Auseinandersetzung vor allem auf deutschem Boden stattgefunden hätte, zeigten die nachfolgenden Beiträge von *Dr. Matthias Uhl* (Berlin) und *Dr. Bruno Thoß* (Potsdam). Dabei verwies *Uhl* darauf, daß die DDR für den Fall der Konfrontation beträchtliche Vorbereitungen getroffen hatte. Seit dem 11. September 1962 befanden sich die 350000 Mann der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland in erhöhter Gefechtsbereitschaft. Am 23. Oktober 1962 wurde schließlich auch für die NVA Alarm befohlen. Gleichzeitig verhängte der Nationale Verteidigungsrat der DDR auf Weisung aus Moskau für die Streitkräfte eine Urlaubssperre und ordnete die Aufschiebung der bevorstehenden Entlassungen sowie die volle Mobilmachungsbereitschaft an. Wenige Stunden nach Ausgabe des Befehls befanden sich sowohl die Angriffs- wie auch Defensivverbände der Nationalen Volksarmee in erhöhter Gefechtsbereitschaft. Damit waren die ostdeutschen Streitkräfte, so der damalige Verteidigungsminister Hoffmann, bereit, „jederzeit die von der Partei und Regierung gestellten Aufgaben zu erfüllen“.

Abschließend versuchte der Referent, mögliche Szenarien eines bewaffneten Konfliktes in Zentraleuropa aufzuzeigen. Hierfür griff er auf Übungsunterlagen von NVA und GSSD aus dieser Zeit zurück. Diese belegten nochmals, daß die sowjetische Militärführung einen Kernwaffenkrieg nicht nur als führbar, sondern auch als gewinnbar ansah. Einem möglichen Atomwaffenschlag der Amerikaner in Europa gedachte man, durch einen zumindest zeitgleichen Raketen-Antwortschlag zu entgehen. Damit wollten die Militärführer des Warschauer Paktes zugleich günstige Voraussetzungen für eine weitreichende strategische Offensive schaffen, die nach ihren Vorstellungen mit der vollständigen Vernichtung des Gegners auf seinem Territorium geendet hätte. Die katastrophalen Auswirkungen des Einsatzes von mehr als 2200 Kernwaffen auf dem „westdeutschen Kriegsschauplatz“ ließen die Planer in den Stäben jedoch unberücksichtigt. Auch die horrenden Verluste unter der Zivilbevölkerung und den Zusammenbruch der Infrastruktur fanden in die Kriegsspiele keinen Eingang. In den Augen vieler Militärs galten bis zur Kubakrise Kernwaffen lediglich als eine Art stark verbesserte Artillerie.

Daß diese Meinung sich nicht nur auf die NVA beschränkte, sondern durchaus auch Zustimmung bei der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr fand, zeigte *Thoß* mit seinem Referat. Auch hier galten Atomwaffen im möglichen militärischen Konflikt mit dem Warschauer Pakt als Allheilmittel, das ohne besondere Nebenwirkungen eingesetzt werden konnte. Gleichzeitig machte er jedoch deutlich, daß die Bundeswehr während der Kubakrise maximale Zurückhaltung üben mußte. Es wurde kein Alarm ausgelöst und keine zusätzlichen Reservisten einberufen. Ob diese die Schlagkraft der Bundeswehr gesteigert hätten, bezweifelte *Thoß*. Fehlendes Personal, Lücken in der Infrastruktur und Logistik, mangelhafter Kernwaffenschutz sowie die ungenügende Koordination von militärischer und ziviler Verteidigung machten die Bundeswehr, wie der Spiegel im Oktober 1962 bereits treffend bemerkte, nur „bedingt abwehrbereit“.

Diesen beiden Vorträgen schloß sich eine zum Teil heftig geführte Debatte an. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, ob die Militärs damals tatsächlich die Auswirkungen von Kernwaffen derart unterschätzten. Hierbei bestätigten die beiden Referenten abermals, daß bis zur Kubakrise

NATO und Warschauer Pakt den globalen Atomkrieg als legitime Maßnahme zur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrachteten. Erst mit der Strategie der *flexible response*, so *Thoß*, wurde dieses Paradigma durchbrochen. Zugleich machte er darauf aufmerksam, daß nicht nur in Rußland Zugang zu wichtigen Dokumentenbeständen fehlt. Auch in Deutschland erschweren der Realität nicht gerecht werdende Freigabevorschriften, mangelnder politischer Wille und fehlendes Personal beispielsweise die Aufarbeitung von umfangreichem Material über die Bundeswehr während der Berlin- und Kubakrise.

In seinem Schlußvortrag zeigte *Prof. Dr. Hermann-Josef Rupieper* (Halle) die Auswirkungen der Kubakrise auf die weitere Blockkonfrontation. Er betrachtete die Eskalation im Herbst 1962 als heilsamen Schock für die Supermächte, die danach zum „Katalysator der Entspannungspolitik“ wurden. Gleichzeitig trat er dafür ein, dem Problem der chinesisch-sowjetischen Rivalität mehr Gewicht beizumessen. Dieses hätte ab Anfang der 60er Jahre vor allem die Außen- und Sicherheitspolitik der UdSSR bestimmt. Die für den Kalten Krieg unerläßliche globale Perspektive zeige jedoch auch, daß nach der Kubakrise gerade an der Peripherie zwischen den USA und der Sowjetunion zahlreiche „Ersatzkonflikte“ tobten. Daß diese nicht erneut zur globalen Krise führten, sei im wesentlichen den Lehren zu verdanken, die die Supermächte aus der Auseinandersetzung um die Zuckerrohrinsel zogen.

In seinem Schlußwort hob *Udo Wengst* hervor, daß es für alle Beteiligten ein großer Glücksfall gewesen sei, daß sich die Konfrontationsstrategie der Militärs nicht durchgesetzt habe und die Politik letztlich in der Lage gewesen sei, die Kubakrise mit friedlichen Mitteln beizulegen. Insgesamt wurde die Fachtagung von den Teilnehmern als erfolgreich und wissenschaftlich gewinnbringend eingeschätzt. Die Herausgabe eines Tagungsbandes ist geplant.

Dr. Matthias Uhl
Institut für Zeitgeschichte
Außenstelle Berlin
Finckensteinallee 85/87
12205 Berlin
Tel.: 030/84 37 05 36
Fax: 030/84 37 05 20
Email: uhl@ifz-muenchen.de

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2002
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.
Heruntergeladen von www.ahf-muenchen.de.